

REZENSIONEN

Roswitha Scholz

Das Geschlecht des Kapitalismus

KATHARINA VOLK

Mit ihrem Buch „Das Geschlecht des Kapitalismus“ fordert Roswitha Scholz eine „Wiederkehr der Ökonomie im feministischen Denken“ (227). In der feministischen Landschaft stand sie damit im Jahr 2000, in dem das Buch in der Erstauflage erschien, ziemlich allein. Zu diesem Zeitpunkt waren die feministischen Debatten vielmehr geprägt von konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Positionen und einer „Kulturalisierung des Sozialen“ (7). Mit der 2011 erschienenen zweiten Auflage ihres Buches trifft Scholz auf eine veränderte Debattenlandschaft: in einer von Krisen geprägten Zeit hat das feministische Interesse an einer Kritik der politischen Ökonomie im Kontext von „Geschlecht“ und „Rasse“ erneut zugenommen. Durch diese Veränderung erhält ihr Buch erst jetzt „seine eigentliche Brisanz“ (5). Scholz' Ausgangspunkt ist die „fundamentale Wertkritik“ (Robert Kurz) die den Rahmen des Buches bildet. Im ersten Teil gibt Scholz eine kurze Einführung der „fundamentalen Wertkritik“. Diese verstehe den Wertbegriff nicht als etwas Positives, sondern als „Ausdruck eines gesellschaftlichen Fetischverhältnisses“ (16) und setze mit ihrer Kritik des Fetischismus bereits „auf der Ebene der Warenproduktion, Wert, abstrakter Arbeit und Geldform“ an (17). Scholz nimmt eine patriarchatskritische Ergänzung der „fundamentalen Wertkritik“ vor, weil diese dem Geschlechterverhältnis gegenüber indifferent sei. Eine Weiterentwicklung dieser fundamentalen Wertkritik erfolgt im dritten Teil des Buches. Zuvor blickt Scholz im zweiten Teil ihres Buches auf Ansätze zurück, „die die marxofeministische Theoriedebatte des deutschsprachigen Raumes in den letzten 20 Jahren entscheidend geprägt haben“ (12). Dabei arbeitet sie sich an Positionen von Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp, Elisabeth Beck-Gernsheim/Iлона Ostner, Frigga Haug sowie Ursula Beer ab. Offen bleibt, warum Scholz diese Theoretikerinnen gewählt hat und warum eine unterschiedliche Gewichtung der Ansätze erfolgt. Im Fokus der Kritik steht eindeutig Becker-Schmidt, der sie vorwirft, die Kritische Theorie in Bezug auf ihre „Basiskategorie des Tauschs“ zu „kastrieren“ (82). Scholz argumentiert gegen die analoge Betrachtungsweise von Geschlecht und Klasse als „Strukturkategorie“. Mit dieser Auffassung werde – insbesondere bei Becker-Schmidt – ein „soziologisches Klassendenken“ reproduziert und auf das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit insistiert (117). Scholz fordert indes, den Blick auf „die Wert-Abspaltung als Formprinzip im Sinne eines gesellschaft-

lichen Wesens“ zu richten. Mit der Wert-Abspaltungstheorie geht Scholz davon aus, „dass der erscheinende Formzusammenhang des Kapitalismus im Sinne der Wertabstraktion als solcher androzentrisch bestimmt und damit eine Abspaltung des Weiblichen notwendig gesetzt ist“ (226). „Weibliche Reproduktionsarbeiten“ sind nicht wertbildend, weil sie „qualitativ-inhaltlich wie der Form nach (über einen) anderen Charakter“ verfügen als die abstrakte Arbeit (118). Der genaue Unterschied bleibt unklar, doch grenzt sich Scholz damit von jenen Ansätzen ab, in denen die Begriffe der politischen Ökonomie auf die Tätigkeiten von Frauen im Reproduktionsbereich angewendet werden, indem sie u.a. Hausarbeit unter den Arbeitsbegriff subsumieren. Im vierten Teil wirft Scholz den Blick auf die Geschlechterverhältnisse in der Postmoderne und entfaltet ihre These von der „Verwilderung des warenproduzierenden Patriarchats“, die sie in der Auflösung der patriarchalen Kleinfamilie erkennt. Scholz wendet sich gegen die Auffassung, dass postmoderne Individualisierungstendenzen das „goldene Zeitalter für Frauen“ (144) einläuten. Am Beispiel der internationalen Frauenbewegung und deren immanenter Transformationspolitik in den 1990er Jahren, fordert sie eine „Erneuerung radikaler Gesellschaftskritik“ ein, sowie den Mut, über die „gegebene (Welt-)Gesellschaftsordnung und die damit verbundenen Normen und Tabus hinauszugehen“ (186).

Das Nachwort zur zweiten Auflage ist eine kritische Durchsicht aktueller Tendenzen des Feminismus. Scholz setzt sich u.a. mit Angela McRobbie, Nancy Fraser und Tove Soiland auseinander und zeigt auch hier fundierte Kenntnisse in feministischen Theorien. Allerdings findet sie kaum Gewinnbringendes für ihre eigene Theoriebildung. Insbesondere gegen Queer- und Gender-Perspektiven findet Scholz scharfe Worte – so sei Queer „Partypolitik“ und „Lebensgefühl“. Ihre grundsätzliche Kritik bezieht sich auf das Fehlen der „fetischistischen Grundkategorien des Kapitalismus“ (207) sowie deren Verhältnisbestimmung zu den Geschlechterverhältnissen. Einzig in Tove Soiland scheint Scholz eine angemessene Gesprächspartnerin zu finden, mit der sie die Debatte über „den inneren Zusammenhang von Fetischismus und Geschlechterverhältnis“ (228) führen kann (und will). Allerdings ist fraglich, wie offen Scholz für eine solche Debatte wirklich ist, wenn sie letztendlich das Wert-Abspaltungsverhältnis als das alle Bereiche „durchdringendes Grundprinzip“ (230) setzt. Erfrischend ist ihr Anliegen, eine Theoriebildung anzubieten, „die die ‚große Erzählung‘“ nicht scheut (10). Ernüchternd und ermüdend sind jedoch ihre teils redundanten Argumente, mit denen sie sich gegen die bisherige feministische Theoriebildung abgrenzt. Scholz’ Buch ist keineswegs ein „Theorieburger“ (14), der sich einfach verzehren lässt. Sie breitet darin eine komplexe und abstrakte Theorie aus und räumt ein, nicht „auf sprachliche Marotten“ und lange Sätze verzichten zu wollen. Dennoch hätte auch eine sprachliche Überarbeitung der zweiten Auflage des Buches durchaus gut getan und zur besseren Lesbarkeit beigetragen.

Roswitha Scholz, 2011: *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Kapitals*. Bad Honnef: Horlemann Verlag, 224 S., ISBN 978-3-89502-311-8.

Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele (Hg.)

Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht.

SUSANNE VÖLKER

Der 2012 in der Reihe Arbeit – Demokratie – Geschlecht erschienene Aufsatzband versammelt unterschiedliche Perspektiven und Problematisierungen der aktuellen Krisenprozesse und -politiken finanzkapitalistischer Regime von Ökonominen, Politikwissenschaftlerinnen und Soziolog_innen. Die sehr unterschiedlich argumentierenden Autor_innen sind sich einig, dass es ihnen explizit darum geht, gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen aus feministischer Perspektive zu bewerten. Sie wollen ausloten, mit welchen Kritik artikuliert und wo interveniert werden kann. Das Anliegen des Bandes ist außerordentlich ambitioniert: es sollen nicht nur zentrale feministische Debatten um die Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengeführt werden, sondern „über die aktuelle Krise hinausgehend die Verfasstheit von Ökonomie, Arbeit und Politik“ (10) analysiert werden. Im Zentrum des Bandes steht die Frage, ob „sich in der Krise Möglichkeitsräume für politisches Handeln (eröffnen) oder (...) auf die Wirtschaftskrise eine Krise der Politik, auf die Krise des Kapitalismus eine Krise der Demokratie (folgt)?“ (10)

Die Frage nach Möglichkeiten oder eben Unmöglichkeiten sozial-emanzipatorischer Interventionen wird im Band über drei thematische Schwerpunkte entfaltet: Im ersten Teil wird unter dem Titel „Hat die Krise ein Geschlecht?“ das vordergründig irritierende Phänomen diskutiert, dass einerseits im öffentlichen Diskurs die Finanzkrise als Krise der „Männer“ thematisiert wird, das vermeintlich „Weibliche“ als Hoffnungsträger und „Geschlecht“ als plausibles Erklärungsmuster für den krisenhaften Lauf der Welt fungiert, während sich andererseits feministische Analysen keineswegs einer breit geteilten Aufmerksamkeit erfreuen, weibliche Akteur_innen in der Finanzwelt marginalisiert und insgesamt die Politikformen (auch zu Ungunsten von Frauen) entdemokratisiert werden.

So arbeitet *Alexandra Scheele* heraus, wie durch das Gegenüberstellen von Politik einerseits und Expertentum als objektiviertes, interessenloses Wissen und Ausdruck rational-notwendigen Handelns andererseits politische Partizipation und Gestaltung delegitimiert wird. Die technokratische Politik der „Postdemokratie“ (Crouch) in ihrer Kombination aus Verwaltung, Sachgesetzlichkeit und Zeitdruck erklärt sich als alternativlose, „entöfentlichte“ (Sauer) Entscheidung und entzieht Politiken der öffentlichen Verhandlung und Kritik den Boden. *Brigitte Young* beschreibt die strukturellen und diskursiven Exklusionen von feministisch-ökonomischen Argumenten aus dem Feld der Finanzökonomie und den exklusiven Zirkeln der Finanzmarktakteure. Als Schwäche der derzeitigen feministischen Ökonomie sieht sie deren nicht systematisch makroökonomisch ausgerichtete Kritik des finanzdominierten Kapita-

lismus. *Ingrid Kurz-Scherf* zeigt, dass Kapitalismuskritik keineswegs ausschließlich Gegenstand linker, sozial-emanzipatorischer Projekte gewesen ist, im Gegenteil: auch aktuell bekäme „die rassistische Fundierung nationalsozialistisch-faschistischer Kapitalismuskritik“ (89) – wie sich in Deutschland und Frankreich zeige – wachsenden Zuspruch. Mit Rekurs auf jene Akteur_innen der Occupy-Bewegung, die sozialen Protest und die Forderung nach Umverteilung an eine feministische, androzentrismuskritische Strategie koppeln, argumentiert Kurz-Scherf gegen eine verengte Kapitalismuskritik und für die Wiederaufnahme des Diskurses um eine „andere Moderne“ (103) – es gelte die „doppelte Verkürzung der gesellschaftlichen (...) Lebensrealität auf a) ihre Ökonomie und b) deren kapitalistisch organisierte Segmente“ (102) zu durchbrechen. *Andreas Heilmann* bezieht aktuelle Krisenentwicklungen auf bereits länger andauernde Prozesse des strukturellen Wandels von Arbeit, der Erosion männlicher Normalarbeit und der „systemischen Krise männlicher Hegemonie“ (57). Er sieht in dem wachsenden Leidensdruck gerade auch von männlichen betrieblichen Akteuren die Artikulation gestiegener Ansprüche an ein (egalitäreres) „Geschlechterverhältnis, an Gute Arbeit und an das Ganze Leben“ (64) und betont hier Bündnismöglichkeiten für solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitiken. Während Heilmann stark die reflexiven Bewusstwerdungsprozesse durch „männliche Krisenerfahrungen“ (59) in prekarierten Erwerbskonstellationen in den Mittelpunkt rückt, betonen Ergebnisse der Prekarisierungsforschung, dass die konstatierbaren Verschiebungen in den Geschlechterarrangements sich eher *in praxi*, in den erzwungenermaßen veränderten Lebensführungen zeigen als in reflexiven Anspruchsformulierungen.

Im zweiten Abschnitt „Zweitrundeneffekte – nach der Krise beginnt die Krise“ werden die Effekte der Fiskal- und Geldpolitik, des Umbaus von Sozialstaaten und der Organisation von Arbeit und Erwerbslosigkeit anhand der Verhältnisse zwischen EU- und nationalen Politiken (*Helene Schuberth*) und der Länderbeispiele Deutschland Österreich, Griechenland und Spanien diskutiert. Die detaillierten Politikanalysen verfolgen die Frage der Folgekostenabschätzung von Konjunkturprogrammen im Hinblick auf geschlechter(un)gerechte und exkludierende Verteilungswirkungen (Gender Budgeting), zeigen die Verschleierung und Umdeutung der globalen Finanzkrise in je spezifische, von der Bevölkerung auszubadende Staatsschuldenkrisen und – insbesondere in Spanien – den Abbau von Gleichstellungsinstitutionen auf. Im Konkreten informativ stehen diese eher tagespolitisch orientierten, kleinteilig kommentierenden Beiträge allerdings in einem Spannungsfeld zu den eher grundlegenden Diskussionen des ersten und des abschließenden dritten Teils „Alternativen denken“. Hier diskutiert *Eva Berendsen* Ausgangspunkte feministischer Alternativdiskussionen, die sie in der Bestimmung der Grenzen des Wachstums, der Parteinahme für das Soziale und das Zusammendenken von „Produktion“ und „Reproduktion“ sieht. *Irene Dölling* entwickelt mit der historischen und gegenwartsbezogenen Rekonstruktion des modernen Affiziertseins („Befallenseins“) vom Erwerbsarbeitsparadigma die Notwendigkeit, gesellschaftliche Alternativen von den

Rändern, den „Des-Integrationen“ zu denken, um Leben in relativem Abstand zur Erwerbsarbeit intelligibel und damit möglich zu machen. „Wesentliche Anstöße für ein Aufbrechen der ‚Arbeiter-Identität‘ müssen (...) primär ‚von außen‘ kommen, durch praktische Erfahrungen von Formen der Lebensführung, in denen Erwerbsarbeit zwar nicht zwangsläufig gegen null geht, in denen sie aber dennoch einen veränderten Stellenwert in dem Sinne hat, dass sie nicht mehr der alles beherrschende Vergesellschaftungsmodus ist“ (287). Während Dölling den Akzent auf die Infragestellung der soziologischen Klassifikationen, ihres Denkrahmens durch die praktisch herausgeforderten und kreativen Akteur_innen legt, richtet *Silke van Dyk* ihren Blick auf die Praktiken der Kritik und beklagt deren inhaltliche Substanz- und Konturlosigkeit. Sie diskutiert die in Anschluss an Boltanski und Chiapello von kritischen Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen breit geteilte Vereinnahmungsthese der (Künstler-)Kritik als Schwächung aktuellen Widerstands. Dabei macht sie insbesondere einen problematischen Vorrang der Verfahrensfragen politischen Handelns gegenüber einer „utopische Leerstelle“ (303) aus. „Die Dominanz von Fragen des Raums (Camp) und der Form (Prozesse der Entscheidungsfindung) haben eine inhaltliche Leerstelle geschaffen, die es ermöglicht hat, die Bewegung weitgehend ‚beliebig zu vereinnahmen‘ (...)“ (306). Aus praxeologischer Perspektive ließe sich allerdings einwenden, dass die Praxis des Versammelns, das Bestehen auf vielfältiger Materialität, Lokalität von global verknüpften, prekären Leben und das Erproben inklusiver Modi politischen Lebens und Handelns nicht nur Verfahrens- sondern ebenso inhaltliche Fragen auf die Tagesordnung stellen. Wenngleich der Band den (zu) hohen Anspruch einer Zusammenführung unterschiedlicher Diskurse nicht ganz zu erfüllen vermag, bietet er doch für zentrale Fragen – des Verhältnisses von feministischer Ökonomie und Gesellschaftskritik, des Wandel des Politischen zwischen Entöfentlichung und Versammlung, der De- und / oder Restabilisierung der „männlichen Herrschaft“, des Ausfransens des Erwerbsarbeitsparadigmas – anregende Beiträge, die zur Vernetzung mit weiteren Diskursen – bspw. zum politischen Handeln – inspirieren.

Ingrid Kurz-Scherf, Alexandra Scheele (Hg.), 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Reihe Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 16, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot. 313 S., ISBN 978-3-89691-903-8.

Susanne Lettow (Hg.)

Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper.

VERENA NAMBERGER

Das Verhältnis von Bio(techno)logie und Ökonomie wird gegenwärtig breit und kontrovers diskutiert. Während im politischen Diskurs unter dem Stichwort Bioökonomie das ökonomische Potenzial des biotechnologischen Fortschritts und damit das Zukunftsszenario eines ökologischen Wirtschaftswachstums propagiert wird, verweisen bioethische Debatten auf normative und rechtliche Herausforderungen im Zuge der In-Wert-Setzung von Körpern. Biopolitische Analysen identifizieren neue Formen machtvoller Subjektivierung durch die lebenswissenschaftliche Kapitalisierung von Biomasse.

Dem Band gelingt es, diese Heterogenität des Begriffs Bioökonomie und darunter gefasster sozialer Phänomene zu reflektieren und Ansatzpunkte einer eigenen theoretischen Perspektive zu entwickeln, die „neuartige Formen der ökonomischen Durchdringung von Lebewesen und Körperstoffen“ (8) zum Gegenstand kritischer Gesellschaftsanalyse macht. Dies ist nicht zuletzt der Verdienst der Einleitung. Ausgehend von einer Auseinandersetzung mit bioethischen sowie biopolitischen Ansätzen und deren jeweiligen Unzulänglichkeiten skizziert die Herausgeberin forschungstheoretische Desiderate einer gesellschaftskritischen „Theorie der Bioökonomie“ (11). Ihre Kritik richtet sich vor allem auf die ökonomistische sowie juristische Engführung jener analytischen Perspektiven, die Körper(-substanzen) als Waren fetischisieren und dabei besitzindividualistische Körper- und Selbstverhältnisse unreflektiert reproduzieren. Zudem problematisiert sie vitalistische Tendenzen in Analysen des Biokapitalismus, die das „Leben selbst“ als ahistorische Größe verstehen und so von sozioökonomischen Kontextbedingungen und „spezifischen Prozesse(n) der In-Wert-Setzung“ (12) abstrahieren. Dagegen setzt *Susanne Lettow* eine praxeologische Perspektive, die den Fokus auf jene (sich verändernden) Praktiken, Diskurse und sozialen Verhältnisse richtet, welche die Objekte der Bioökonomie und damit einhergehende (vergeschlechtlichte) Subjektivierungsformen sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse erst hervorbringen. Die theoretisch anspruchsvolle Einführung bildet die heuristische Klammer für die sieben – in ihren disziplinären und theoretischen Zugängen sowie empirischen Gegenstandsbereichen teilweise sehr unterschiedlichen – Beiträge des Bandes.

Der Frage nach dem Verhältnis von Bioökonomie und Biopolitik widmet sich der erste Beitrag, in dem *Lars Thorup Larsen* eine Genealogie der Bioökonomie versucht. Er argumentiert, dass bereits in Foucaults Arbeiten eine „ursprüngliche Verbindung zwischen Biopolitik und politischer Ökonomie“ (30) angelegt, die ökonomische Dimension jedoch in der entweder technologie- oder staatszentrierten Rezeption

weitgehend ausgeblendet worden sei. Er warnt somit vor einer Überschätzung der „Neuartigkeit der gegenwärtigen Entwicklungen der Biotech-Industrie“ und des „*bio turn* der Ökonomie“ (30), betont jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Modifikationen bioökonomischer Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Als Transformation biopolitischen Regierens interpretiert dann auch *Petra Schaper-Rinkel* im letzten Beitrag des Bandes die Bioökonomie-Strategien der OECD sowie der Bundesregierung, die Biotechnologien als Lösung für gegenwärtige Widersprüche der globalen Ökonomie propagieren. Dabei hebt sie drei zentrale Veränderungen gegenüber einer Foucaultschen Biopolitik hervor: die gegenwärtige „biopolitische Ökonomie“ richte sich erstens nicht nur auf die Bevölkerung, sondern umfassender auf menschliche und nicht-menschliche Biomasse, ziele zweitens nicht mehr auf die Industrialisierung von Lebensprozessen, sondern auf eine „Bio(techno)logisierung der Industrie“ (160) und verschiebe den Fokus des Regierens zunehmend von der staatlichen auf eine globale Ebene.

Für neue technologische Möglichkeiten der Zirkulation von Biomaterial und Bioinformation und deren ethische, soziale und politische Implikationen interessieren sich insbesondere die Beiträge von *Charis Thompson* sowie *Susanne Schultze* und *Kathrin Braun*. So zeigt erstere am Beispiel eines studienvorbereitenden Programms der Universität Berkeley, das zukünftigen Studierende aller Fachrichtungen eine Einführung in die Genomik und damit gemeinsame Debattengrundlage bieten sollte, die problematischen Effekte einer szientistisch verkürzten Perspektive auf Biotechnologien im (Universitäts-)Alltag auf und skizziert, wie eine verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit den Lebenswissenschaften aussehen müsste. Schultze und Braun verhandeln den „bioökonomische(n) Zugriff auf Körpermaterialien“ in ihrem gleichnamigen Beitrag exemplarisch anhand der Forschung mit Eizellen und der diesbezüglichen feministischen Debatte. Feministische Positionen zur Nutzung von Eizellen differieren zwar hinsichtlich der Frauen zugewiesenen Subjektpositionen, bleiben dabei jedoch individualistischen und universalistischen Prämissen verhaftet, so ihre zentrale Kritik. Im Sinne der einleitend geforderten praxeologischen Perspektive sprechen sich die Autorinnen dafür aus, das abstrakte Verhältnis von Eizellgeberin und Eizelle als „Doing Bodies“ (74) im Kontext sozioökonomischer (Macht-)Strukturen zu analysieren und damit auf politischer Ebene an kollektive Kämpfe in der Tradition der reproductive rights-Bewegung anzuknüpfen.

Einen Schritt vorher setzt *Oliver Decker* in seinem Beitrag „Organe und Waren“ an, indem er der Möglichkeitsbedingung der zunehmenden Kommodifizierung des Gesundheitssystems und des Körpers nachgeht – sprich, der naturalisierten Idee eines besitzindividualistischen Verhältnisses zum „eigenen“ Körper. Er weist die Annahme zurück, dass es sich bei der In-Wert-Setzung von Körperstoffen um ein neues Phänomen handle, das als ein Übergreifen der Warenlogik auf einen bislang nicht-ökonomischen Bereich – im Sinne einer „kapitalistischen Landnahme“ (96) – beschrieben werden könne. Wenig überzeugend bleibt jedoch Deckers Versuch, die individuelle Bereitschaft zum Verkauf des eigenen Körpers bzw. seiner Organe

stattdessen psychoanalytisch als Ausdruck der „promethischen Scham“ (103) des Menschen gegenüber der Perfektion seiner Produkte zu erklären.

Ein interessantes Beispiel für eine neue Form, Körper und biomedizinische Daten ökonomisch nutzbar zu machen, beschreibt *Melinda Cooper* in ihren Ausführungen zur „Pharmakologie im Zeitalter des verteilten Experiments“. Cooper zeigt auf, dass pharmakologische Innovation derzeit einem Paradigmenwechsel unterliegt, der über Internet-Plattformen Patient_innen zu unbezahlten Ko-Produzent_innen biomedizinischen Wissens werden lässt und damit ein „Verwischen der Grenzen zwischen Klinik und Markt“ (114) bedingt. Die Stärke des Beitrags liegt darin, dass er die Ambivalenz dieser Entwicklung entlang des Spannungsfelds zwischen dem u.a. von AIDS-Aktivist_innen eingeforderten „Grundrecht auf Selbstversuche“ (121) und Demokratisierung der Forschung und den problematischen Implikationen dieses pharmazeutischen „Geschäftsmodell(s) mit neuartigen Arbeitsbedingungen“ (121) diskutiert.

Dass die Verflechtungen zwischen Lebenswissenschaften und politischer Ökonomie sich auch auf konzeptioneller Ebene widerspiegeln, legt *Sigrid Schmitz* in ihrem Beitrag zu „Neuroökonomie und Neurokultur in der Bioökonomie“ dar. Rekurrierend auf neue Technologien zur Abbildung neuronaler Prozesse beansprucht die Neuroökonomie, individuelles (Entscheidungs-)Verhalten unter Berücksichtigung rationaler sowie emotionaler Komponenten wissenschaftlich erklären zu können und damit das klassische Modell des Homo Oeconomicus zu revolutionieren. Schmitz zeigt nicht nur auf, wie diese Forschung ein vergeschlechtliches Verhältnis von Rationalität und Emotionalität reproduziert und heteronormative Geschlechterstereotype naturalisiert, sondern problematisiert dies zudem im Kontext einer allgemeinen Konjunktur der Hirnforschung, die gesellschaftliche Zusammenhänge ausgehend vom „cerebrale(n) Subjekt“ (134) neurobiologisch zu begründen sucht.

Damit bietet der Band trotz seines geringen Umfangs von 186 Seiten deutschsprachigen Leser_innen einen fokussierten Überblick über internationale – und insbesondere feministische – Debatten zur ökonomischen Dimension des biotechnologischen Zugriffs auf Körper. Zugleich eröffnet die Konzeption des Bandes eine theoretische Perspektive, wie sich unterschiedliche Phänomene der „Bewirtschaftung der Körper“ durch Lebenswissenschaften und Biotechnologien und die dabei entstehenden Praktiken, Objekte und Strukturen kritisch analysieren lassen.

Susanne Lettow (Hg.), 2012: Bildungsökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper. Bielefeld: transcript, 186 S., ISBN 978-3-8376-1640-8.

Marion Löffler

Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess

HEIKE KAHLERT

Zu den aktuellen in den Sozialwissenschaften diskutierten Fragestellungen gehören der Wandel in den Geschlechterverhältnissen und der Wandel von Staatlichkeit. Insbesondere aus der Geschlechterperspektive liegt es nahe, beide Wandlungsprozesse als miteinander verknüpft zu betrachten und entsprechend in ihrer Verschränkung zu analysieren. Dennoch wurde dieses eigentlich überfällige Vorhaben bisher nur rudimentär verfolgt. Marion Löffler nimmt diese anspruchsvolle Zielsetzung zum Ausgangspunkt ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation an der Universität Wien, die nunmehr in zwei unabhängig voneinander publizierten Büchern vorliegt. Der erste, hier nicht besprochene Band¹ widmet sich der Aufarbeitung des feministischen Staatsdiskurses, der zweite Band dient der Analyse des Zusammenhangs zwischen den Transformationen von Staat und Geschlecht und bildet die Grundlage dieser Rezension. Dabei geht es der Autorin „um das verfügbare theoretische Repertoire, mit dem diese Transformationsprozesse benannt und zusammengedacht werden können. Ziel ist es, Konzepte zu erarbeiten und zu erproben, die eine staats-theoretische Diskussion der parallelen Transformationsprozesse von Staatlichkeit und Geschlechterverhältnissen erfassen können“ (12-13).

Um es vorweg zu sagen: Allein schon die mutige Zielsetzung und der unerschrockene Zugang zu dem gänzlich unbescheidenen Projekt des Entwurfs einer neuen geschlechtskategorial informierten politischen Theorie verdienen uneingeschränkten Respekt. Auch die über weite Strecken sorgfältige Begriffsarbeit und die methodisch-konzeptionellen Reflexionen sind anerkennenswert. Es liegt aber ebenfalls auf der Hand, dass ein solches Vorhaben an- und aufregend ist und dabei auch offene Fragen und vielleicht sogar streckenweise ein Unbehagen hinterlässt.

Das vom Umfang her erfreulich überschaubare und doch sehr gehaltvolle Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Die Einleitung steckt den begrifflich-konzeptionellen Rahmen ab und klärt den methodologischen Zugang (Kapitel 1). Eine Einführung in den Argumentationsgang sucht man hier jedoch vergebens. Im nächsten Schritt diskutiert die Autorin vergleichend die Transformationstheorien von Helmut Willke und Bob Jessop und konfrontiert diese mit feministischen Interventionen in das staats-theoretische Denken (Kapitel 2). Staatlichkeit erscheint in Löfflers Ausführungen als Prozess, „der sowohl historisch als auch gegenwärtig geschlechterpolitischen Restrukturierungen unterliegt“ (55). Das Begriffsrepertoire feministischer Staatskritik steht folglich im Mittelpunkt von Kapitel 3. Diskutiert werden feministische Herrschaftskonzepte sowie eine Auffassung von Geschlechterpolitik als transformatorische Praxis. Schlüssig ist auch, bei allen sorgfältig erörterten metho-

dologischen Problemen, der konzeptionelle Rückgriff auf historische Theorien der Staatsbildung (Kapitel 4).

Mit Sylvia Walbys Konzept der „Politics“, demzufolge nicht nur der Staat in Geschlechterverhältnisse und Geschlechterarrangements interveniert, wird eine begrifflich-konzeptionelle Brücke geschlagen, um in Kapitel 5 analytisch bisher voneinander getrennte Ergebnisse der politisch-historischen Forschung und der feministischen Politikgeschichtsforschung am Beispiel der frühneuzeitlichen Staatsbildung aufeinander zu beziehen. Der Abriss verschiedener zeitgleich erfolgender Transformationsprozesse, die die Etablierung maskulinistischer Herrschaft im Staat belegen sollen, wirkt leider etwas zu kursorisch und entkontextualisiert. Die reformulierenden Rückgriffe auf Pierre Bourdieus Konzept der symbolischen Gewalt und auf Michel Foucaults Ausführungen zur Gouvernementalisierung des Staates dienen schließlich dazu, die Maskulinität von Staatlichkeit zu belegen (Kapitel 6).

Die Schlussfolgerung, „dass Transformationen von Staatlichkeit auch geschlechteremanzipatorische Potenziale bergen“ (158) und der Verweis auf die Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren, die zumindest „verhältnismäßig wenige(n) privilegierte(n) Frauen“ (169) einen vollwertigen bürgerlichen Subjektstatus ermöglicht hätten (Kapitel 7), kommt dann doch theoretisch wie empirisch zu unvermittelt und überzeugt auch angesichts der vorherigen Überlegungen nur bedingt. Der Bezug auf Foucault erscheint ein wenig zu unkritisch. Auch ist verwunderlich, dass die erste Frauenbewegung keine Erwähnung findet. So wird der Eindruck erweckt, als hätte sie keinen geschlechterpolitischen Einfluss auf die Transformation von Staatlichkeit gehabt.

Trotz dieser Einwände ist das Buch unbedingt lesenswert. Der Obertitel ist allerdings nicht glücklich gewählt, lässt er doch eher eine empirischer ausgerichtete Auswertung verschiedener geschlechterpolitischer Strategien in ihren Auswirkungen auf Staatlichkeit erwarten als einen Entwurf feministischer politischer Theorie. Löfflers Entwurf ist eine ernsthafte Rezeption zu wünschen, die die Verdienste würdigt, Stolpersteine in diesem Unterfangen aufdeckt und Ansätze zum Weiterdenken aufzeigt.

Marion Löffler, 2013: *Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess*. Frankfurt/M., New York: Campus, 183 S., ISBN 978-3-593-39658-3.

Anmerkung

- 1 Marion Löffler, 2011: *Feministische Staatstheorien. Eine Einführung*. Frankfurt/M., New York, rezensiert in *Femina Politica* 21 (1) (2012), S. 175-177.

Gülay Çağlar, María do Mar Castro Varela und Helen Schwenken (Hg.)

Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit

JULIA ROMETSCH. ISABELLE KUNZE

Der Klimawandel und seine Folgen sind vielbesprochene Themen, in letzter Zeit vor allem durch das Scheitern der Klimaverhandlungen in Doha. Im Verlag Barbara Budrich ist 2012 ein Sammelband erschienen, der eine Übersicht über die feministischen Debatten um den Klimawandel bieten möchte. In der Einleitung stellen die Herausgeberinnen fest, dass schon seit den 1980er Jahren Geschlechterfragen in der Klimapolitik hauptsächlich in einem entwicklungspolitischen Kontext berücksichtigt werden. Das zentrale Problem im Klimadiskurs sei, dass die „geschlechterpolitische Diskussion stets mit der Forderung plausibilisiert (werde), Frauen bei Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz in ihrer aktiven Rolle zu berücksichtigen und zu fördern. Doch diese Forderung ruht größtenteils auf der essentialistischen Annahme, dass Frauen aufgrund ihrer biologischen Disposition naturnäher und umweltfreundlicher seien (10).“ Der vorliegende Band hat den Anspruch, nicht-viktimisierende und intersektionale Perspektiven einzunehmen. Zudem sollen Strategien aufgezeigt werden, um den Klimawandel zu gestalten.

„Geschlecht – Macht – Klima“ ist in drei thematische Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil werden geschlechtertheoretische, demokratie- und gerechtigkeitstheoretische Fragen verhandelt. *Claudia von Braunmühl* stellt am Beispiel der klimapolitischen Durchsetzungsinstrumente des Kyoto-Protokolls, dem Emissionsrechtehandel und den Clean Development Mechanisms, die Frage, ob dem öffentlichen Gut Klima durch Privatisierung und systematische Überantwortung eines Gemeinschaftsgutes an Marktdynamiken tatsächlich gedient sei. Sie kommt zu dem Schluss, dass der marktorientierte „private governance“-Ansatz Machtverhältnisse ausblendet und plädiert für eine Einbeziehung der Menschen- und Bürgerrechtsdimension in diesen Diskurs. *Sybille Bauriedls* Beitrag liefert eine sehr ansprechende Bestandsaufnahme der vorherrschenden feministischen und geschlechterpolitischen Sichtweisen in Bezug auf gegenwärtige Ansätze der Klimawandelforschung. Sie geht auf vier unterschiedlichen Argumentationslinien für geschlechterbezogene Klimaforschung ein: die kritische Wissenschaftsperspektive, Ökofeminismus, feministische politische Ökologie und erkenntnistheoretische Perspektiven. Ziel ihres Beitrags ist es, zentrale geschlechterbezogene Argumentationslinien der Klimaforschung und -politik zu systematisieren. Besonders eindringlich ist die Erläuterung des Zusammenhanges von Klimawandel und Geschlechterverhältnissen, dabei werden gegenwärtige Debatten und Forschungslücken dargelegt. Interessant ist auch der Verweis auf die

sozial-ökologische Forschung und das damit verbundene Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Dieses weist darauf hin, dass Natur und Gesellschaft sich nicht dichotom gegenüber stehen, sondern auf dialektische und vielfache Weise miteinander verknüpft sind. Bauriedl leistet einen wichtigen Beitrag zur Dekonstruktion normativer Geschlechterrollen in der Klimapolitik und argumentiert, dass Subjekteigenschaften nicht statisch, sondern durch Prozesse – im Sinne von „doing gender, race and class“ – stark beeinflusst sind. In ihrem Fazit betont Bauriedl die Schwierigkeit, komplexe Wechselwirkungen sozialökologischer Prozesse zu identifizieren, da die Einflussfaktoren gesellschaftlicher Naturverhältnisse höchst umstritten sind. Im letzten Beitrag des ersten Teiles verbindet *Dagmar Vinz* philosophische Gerechtigkeitsdiskurse mit geschlechter- und klimapolitischen Debatten, ihr Bezugspunkt ist die Care-Ökonomie. Leider bleibt – auch weil der Artikel auf verschiedenste Theorien und Beispiele Bezug nimmt – die zentrale Aussage des Textes unklar.

Im zweiten Teil des Buches liefern vier unterschiedliche Beiträge einen Überblick über aktuelle klimapolitische Instrumente und Strategien aus geschlechterpolitischer Perspektive. Zunächst beschäftigt *Jyoti Parikh* sich mit Gender Mainstreaming in der Klimawandeldebatte. Angelehnt an das Konzept der Intersektionalität setzt Parikh sich mit Vulnerabilitätsdiskursen von Frauen in Bezug auf den Klimawandel auseinander und kritisiert die ungleichen Capacity-Building Strategien der Klimapolitik. *Christine Bauhardts* Beitrag vergleicht ein Wasserinfrastrukturprojekt in Lateinamerika mit Verkehrsinfrastrukturpolitiken im „Westen“ hinsichtlich der geschlechterspezifischen Machtasymmetrien. Ihr Hauptkritikpunkt an der Durchführung beider Projekte ist die Vernachlässigung von lokalen Lebens- und Machtverhältnissen sowie einer geschlechtergerechten Planung. Als Lösungsvorschlag stellt Bauhardt das Konzept der Sustainable Livelihoods vor, welches als Leitbild für globale Ressourcenpolitik dienen soll. Dieses umfasst den Zugang zu Ressourcen, die Nutzung von Ressourcen und die politische Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen. Im nächsten Artikel stehen Diskurse und entwicklungspolitische Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund. Dabei wirft *Birte Rodenberg* die Frage auf „Wieviel Geschlechtergerechtigkeit steckt in Klimafonds?“ und bezieht sich auf verschiedene klimapolitische Finanzierungsmechanismen. Gender und Klimafinanzierung stellen den Schwerpunkt des vierten Beitrags von *Liane Schalatek* dar.

Der dritte Teil des Bandes zeigt feministische Diskurse zum Klimawandel. *Susanne Lettow* beschäftigt sich mit der Bedeutung gesellschaftlicher Naturverhältnisse für die feministische Theorie. Ihr Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Natur als Thema der feministischen Theorie auf dem Weg in den Konstruktivismus verloren gegangen sei. Nötig sei eine Rekonzeptualisierung von Natur, die nicht hinter die geschlechtertheoretischen Debatten der 1990er Jahre zurückfiele. Diese sollte konsequent praxeologisch sein, also jegliche Vorstellung einer anthropologischen Fixierung aufgeben, und eine postkoloniale Perspektive enthalten. *Ines Weller* geht dem Zusammenhang von Konsum, Geschlecht und Klimawandel nach und *Ewa Charkie-*

wicz betrachtet mit Rückgriff auf Foucault „wie die Verhältnisse zwischen der Natur und der menschlichen Reproduktion von neoliberalen Biopolitiken vereinnahmt wurden (192)“. Im letzten Beitrag des Bandes beschäftigt sich *Sonalini Sapra* mit transnationalen feministischen Netzwerken in der internationalen Klimapolitik und zeigt auf, dass die Dominanz marktorientierter Lösungen sowie einer technischen und naturwissenschaftlichen Sprache sowie eine diskursive Trennung von Nord und Süd ein transformatives Gender Mainstreaming erschweren..

Mit diesem facettenreichen und multiperspektivischen Buch lösen die Herausgeberinnen mit Sicherheit ihr Versprechen ein, einen Überblick über die feministischen Debatten zum Klimawandel zu bieten. Darüber hinaus betonen viele Beiträge die noch zu füllenden theoretischen Leerstellen, bzw. greifen Theorien auf, die keine Gender-Dimension enthalten. Auch eine viktimisierende Perspektive wird vermieden, Intersektionalität fast durchgehend mitgedacht. Doch so luzide die Analysen des Bandes oft sind, so können sie doch häufig das dritte Versprechen der Herausgeberinnen, politische Strategien zu benennen, wie der Anpassungsprozess gerechter zu gestalten wäre, nicht einlösen. Hier stehen die komplexen Theorieansätze einem pragmatischen Zugang wohl eher im Weg.

Gülşay Çağlar, María do Mar Castro Varela und Helen Schwenken (Hg.): *Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*, Opladen: Barbara Budrich Verlag, 221 S., ISBN: 978-3-86649-330-8.

Irene Messinger

Schein oder Nicht Schein. Konstruktion und Kriminalisierung von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart

KATHARINA SCHOENES

Als Schein- oder Aufenthaltsehen werden Ehen bezeichnet, die ausschließlich mit dem Ziel geschlossen werden, einem oder einer ausländischen Partner_in aus einem so genannten „Drittstaat“ ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen. 2005 wurde in Österreich ein neues Fremdenpolizeigesetz verabschiedet, das verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung von Aufenthaltsehen vorsieht: die Weitergabe von Daten der Standesämter an die Fremdenpolizeibehörden, fremdenpolizeiliche Überprüfungen im Lebens- und Wohnumfeld verdächtigter Paare, die Einführung von Voraussetzungen wie ein bestimmtes Mindesteinkommen für den Erhalt eines Aufenthaltstitels und schließlich die Normierung der Aufenthaltsehe als Straftatbestand. Diese Gesetzesnovellierung nimmt *Irene Messinger* zum Anlass, um die Konstruktion sowie

die staatlich-behördliche Bearbeitung von Scheinehen und die damit verbundenen Ausschlüsse und Diskriminierungen in Geschichte und Gegenwart einer genaueren Analyse zu unterziehen. Scheinehen bewegen sich ihr zufolge „im Spannungsfeld zwischen Solidarität und Profit, Verfolgung und Staatsgewalt, Subversion und Kriminalisierung, Ehenormen und -vollzug, Familienpolitik und Migrationskontrolle“ (9). Die Untersuchung beruht auf umfangreichem Datenmaterial. Dazu zählen Gerichtsakten und fremdenpolizeiliche Erhebungsbögen ebenso wie leitfadenbasierte Interviews mit Mitarbeiter_innen aus Bundesministerien, Standesämtern und Fremdenpolizeibehörden. Das Untersuchungsmaterial wurde mittels verschiedener quantitativer und qualitativer Methoden ausgewertet, wobei Messingers Beschäftigung mit Scheinehen durchweg durch eine intersektionale Perspektive geprägt ist, die den Anspruch hat, mehrere Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse (hier Geschlecht, Klasse, Nationalität/Ethnizität, Aufenthaltsstatus) in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen.

Formal ist das Buch in drei Teile gegliedert. Der erste Abschnitt (Geschichte) behandelt die Rechtsgeschichte der Scheinehe von der NS-Zeit bis zur Verabschiedung des Fremdenrechtspakets 2005. Brisant ist die Tatsache, dass im deutschsprachigen Raum instrumentalisierte Eheschließungen als gesellschaftliches Problem zum ersten Mal im Nationalsozialismus diskutiert wurden. Das Ehegesetz von 1938, dessen § 23 sog. Namens- und Staatsangehörigkeitsehen für nichtig erklärt, ist in Österreich bis heute unverändert gültig. Die historische Analyse macht deutlich, dass es sich bei dem Konstrukt Scheinehe um eine „wandelbare Narration“ (239) handelt, die in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen belegt werden kann. Der zweite Abschnitt beleuchtet die aktuelle Rechtslage für binationale Paare, die verdächtigt werden, eine Aufenthaltsehe zu führen; davon ausgehend fragt er nach den Akteur_innen, die an der Entstehung des Fremdenrechtspakets von 2005 beteiligt waren, nach den Kontrollpraktiken der Fremden(polizei)behörden, sowie nach den Spruchpraktiken in den Wiener Bezirksgerichten, und zeichnet so ein differenziertes Bild der Konstruktion und Kontrolle von Scheinehen durch staatliche Institutionen. Anhand von Interviewzitatzen wird auf anschauliche und zugleich erschreckende Weise herausgearbeitet, welche Personengruppen die „Expert_innen“ als verdächtig konstruieren und an welchen sexistischen und rassistischen Stereotypen sie sich dabei offenkundig orientieren. Als „vergeschlechtlichtes Verdachtsmoment“ (178) erweist sich beispielsweise der Altersunterschied: Während Ehen zwischen „asiatischen“ Frauen und älteren österreichischen Männern in der Regel nicht „fremdenpolizeilich“ überprüft werden, gelten Ehen zwischen „afrikanischen“ Männern und älteren österreichischen Frauen als typische Scheinehekonstellation. Aufgrund der selektiven Kontrollen kommt es nur bei von vorab als verdächtig geltenden Personengruppen vermehrt zu Anzeigen und Verfahren, und die „behördlich-bürokratische Sichtweise erfährt damit jene Bestätigung, die sie braucht, um weiter die gleichen stereotypen Bilder von „Scheinehe“ produzieren zu können“ (156).

Gegenstand des dritten Teils (Analyse und Intersektionalität) ist die Rückbindung der empirischen Ergebnisse an intersektionale Theorien. Das Geschlecht fungiert bei der Unterscheidung zwischen „echten Ehen“ und „Scheinehen“ häufig als primäre Differenzkategorie; allerdings macht Messingers Analyse deutlich, dass die Faktoren, die bestimmen, welche Ehen als verdächtig gelten, in ihrer Komplexität erst erfasst werden können, wenn neben dem Geschlecht weitere Merkmale sozialer Positionierung (Klasse, Nationalität, Aufenthaltsstatus) herangezogen werden.

Es ist die Stärke des Buches, dass Messinger Scheinehe und staatliche Versuche ihrer Verhinderung als dynamisches und vermachtetes Feld begreift, in dem koloniale Vorstellungen von „animalisch-triebhaften“ „afrikanischen“ Männern und „fügsamen“ „asiatischen“ Frauen ebenso wirken wie Versuche des Staates, lediglich „nützliche“ Migration zuzulassen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Ausschlüsse, von denen binationale Paare betroffen sind, die von den staatlich erwünschten (bürgerlich-weißen) Ehenormen abweichen. Nur punktuell finden hingegen die subversiven Potenziale von Scheinehen Erwähnung: So sind etwa zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen es Jüdinnen und Juden gelungen ist, sich mittels einer Eheschließung vor der Verfolgung im Nationalsozialismus zu schützen, und gegenwärtig gelingt es Migrant_innen, die restriktiven Migrationsgesetze mithilfe von Schutzehen zu umgehen. Für künftige Untersuchungen wäre es daher interessant, noch genauer das Verhältnis zwischen den staatlichen Kontrollversuchen und den „Umgehungsstrategien“ (111) seitens der Migrant_innen zu bestimmen.

Irene Messinger, 2012: Schein oder Nicht Schein. Konstruktion und Kriminalisierung von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart. Wien: Mandelbaum, 280 S., ISBN 978385476-618-6.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.), 2013: *Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen*. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.), 2012: *Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.

Bohle, Ulrike/Brusberg-Kiermeier, Stefani/Müller, Anna/Teichert, Gesa C. (Hg.), 2012: *Transdisziplinäre Perspektiven in der Geschlechterforschung*. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Chorus, Silke, 2012: *Care-Ökonomie im Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Daskalova, Krassimira/Hornstein-Tomic, Caroline/Kaser, Karl/Radunovic, Filip (Hg.), 2012: *Gendering Post-Socialist Transition*. Berlin; Münster; Wien; Zürich; London: LIT Verlag.

Dietze, Gabriele, 2013: *Weißer Frauen in Bewegung. Genealogien und Konkurrenzen von Race- und Genderpolitiken*. Bielefeld: transcript Verlag.

Federici, Silvia, 2012: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien: Mandelbaum Verlag.

Federici, Silvia, 2012: *Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*. Münster: Edition Assemblage.

Fenske, Uta/Schuhen, Gregor (Hg.), 2012: *Ambivalente Männlichkeit(en). Maskulinitätsdiskurse aus interdisziplinärer Perspektive*. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Gender Initiativkolleg (Hg.), 2012: *Gewalt und Handlungsmacht. Queer_Feministische Perspektiven*. Frankfurt/M.; New York: Campus.

Graf, Julia/Ideler, Kristin/Klinger, Sabine (Hg.), 2012: *Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt-Theorie, Praxis, Perspektiven*. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Haberle, Helga/Hajek, Katharina/Ludwig, Gundula/Paloni, Sara (Hg.), 2012: *Queer zum Staat: Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft*. Berlin: Querverlag.

Haschemi Yekani, Elahe/Kilian, Eveline/Michaelis, Beatrice (Hg.), 2013: *Queer Futures: Reconsidering Ethics, Activism, and the Political*. Aldershot: Ashgate Publishing Limited.

Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit*. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kahlert, Heike/Weinbach, Christine (Hg.), 2012: *Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kerner, Ina (2012) *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.

Klenner, Christina/Menke, Katrin/Pfahl, Svenja, 2012: *Flexible Familienernährerinnen. Moderne Geschlechterarrangements oder prekäre Konstellationen?* Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hg.), 2012: *Methoden dekolonialisieren*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Mesquita, Sushila/Wiedlack, Maria Katharina/Lasthofer, Katrin (Hg.), 2012: *IMPORT – EXPORT – TRANSPORT. Queer Theory, Queer Critique and Activism in Motion*, Wien: Zaglossus.

Metz-Göckel, Sigrid/Lind, Inken (Hg.), 2013 : *Balance-Akte. Wissenschaftliche Karriere und (verhinderte) Elternschaft*. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Paulus, Julia/Silies, Eva-Maria/Wolff, Kerstin (Hg.), 2012: *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*. Frankfurt/M.; New York: Campus.

Purtschert, Patricia/**Lüthi**, Barbara/**Falk**, Francesca (Hg.), 2012: Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. Bielefeld: transcript.

Range, Eva/**Schäfer**, Rita, 2013: Wie mit Homophobie Politik gemacht wird: Menschenrechte und Verfolgung von LSBTI-Aktivist_innen in Afrika. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Sänger, Eva/**Rödel**, Malaika (Hg.), 2012: Biopolitik und Geschlecht. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Stelzig-Willutzki, Sabina, 2012: Soziale Beziehungen im Migrationsverlauf. Brasilianische Frauen in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag.

Wagels, Karen, 2013: Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten. Bielefeld: transcript.

Wersig, Maria, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe und die Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen; Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Wilde, Gabriele /**Friedrich**, Stefanie, 2012: Im Blick der Disziplinen: Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse. Münster: Westfälisches Dampfboot.